



„European Jobs Monitor“ 2019: Veränderungen in den Beschäftigungsstrukturen auf regionaler Ebene

Einleitung

Es gibt zunehmend mehr Hinweise darauf, dass die wirtschaftliche Kluft zwischen verschiedenen Regionen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten wächst. Einige Regionen – in der Regel Hauptstadtregionen und größere Ballungsräume – entwickeln sich weitaus besser als andere. Diese Divergenzen könnten, falls nichts unternommen wird, den sozialen und territorialen Zusammenhalt gefährden. Die wachsende regionale Ungleichheit zählt zu den Faktoren, die den Verdruss über die bestehenden politischen Systeme anheizen und damit die sozialen Bindungen schwächen, auf denen unsere demokratischen Systeme aufbauen.

Der Bericht betrachtet die Veränderungen in den Beschäftigungsstrukturen der EU-Regionen. Das Aufzeigen des branchen- und berufsspezifischen Beschäftigungswandels und der Unterschiede je nach Region kann politischen Entscheidungsträgern verstehen helfen, wie der Strukturwandel die unausgewogenen regionalen Wachstumsmuster beeinflusst.

In der Analyse werden die Muster wachsender bzw. sinkender Beschäftigung in vier Kategorien von Regionen – Hauptstadtregionen, andere vorwiegend städtische Regionen, mittlere Regionen sowie vorwiegend ländliche Regionen – miteinander verglichen. Im Zeitraum von 2002 bis 2017 wurden insgesamt 130 Regionen in neun größeren Mitgliedstaaten untersucht, nämlich in Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Schweden, Spanien, der Tschechischen Republik und im Vereinigten Königreich. In diesen Regionen finden sich fast vier Fünftel aller EU-Arbeitnehmer und -Arbeitnehmerinnen.

Politischer Kontext

Die Regionen haben große Bedeutung für die Politikgestaltung der EU, vor allem im Bereich der Kohäsionspolitik. Sie bilden die grundlegenden territorialen Einheiten für die Umsetzung von Strategien, auf die fast ein Drittel des gesamten EU-Haushalts entfällt.

Das Ziel der EU, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern, wurde bislang erfolgreich umgesetzt. Eine Mischung aus Aufholwachstum und Regionalpolitik hat die Zunahme des Pro-Kopf-BIPs in mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten über die letzten 15 Jahre hinweg beschleunigt und frühere Beitrittsländer wie Irland, Portugal und Spanien dazu befähigt, sich wirtschaftlich an die Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft anzunähern.

In den letzten Jahren wurde jedoch deutlich, dass die wirtschaftliche Kluft zwischen den Regionen in zahlreichen Mitgliedstaaten zugenommen hat. Die Wahlmuster deuten darauf hin, dass dies einer der Gründe ist, die den Unmut der EU-Bürger und -Bürgerinnen über die etablierten politischen Parteien sowie das rasante Aufkommen populistischer Alternativgruppierungen fördern, die daraus bei Wahlen Kapital zu schlagen wissen.

Wichtigste Erkenntnisse

Das Bevölkerungs- und Beschäftigungswachstum lag in den Hauptstadtregionen aller neun Mitgliedstaaten weit über dem in den anderen Regionskategorien des jeweiligen Landes. Zwischen 2002 und 2017 nahm die Beschäftigung in den Hauptstadtregionen um 19 % zu, verglichen mit 10-12 % in den anderen Regionen, was sich auch in einer Zunahme beim Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung niederschlug. Die Großräume London, Paris und Stockholm erwirtschafteten mindestens 30 % des BIP in den jeweiligen Ländern.

Die Hauptstadtregionen fallen dadurch auf, dass ein sehr großer Teil der Beschäftigung in den Dienstleistungssektor fällt. Die Deindustrialisierung fand dort früher und schneller statt als in anderen Regionen, wobei sich ihre frühzeitige Spezialisierung auf Dienstleistungen im Kontext der heutigen Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft als vorteilhaft erwies. Fast 75 % der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung und Leistung entfallen heutzutage auf den Dienstleistungsbereich; in vielen Hauptstadtregionen liegt dieser Anteil sogar bei 85 % und mehr.

In den neun untersuchten Mitgliedstaaten führte der Beschäftigungswandel insgesamt zu besser bezahlten Arbeitsplätzen (höhere Nettozunahmen bei gut bezahlten Stellen), begleitet von einer leichten Polarisierung (etwas stärkeres Beschäftigungswachstum im Niedriglohnsektor als im mittleren Lohnbereich). Die Hauptstadtregionen scheinen dabei einen wichtigen Fingerzeig auf die Beschäftigungspolarisierung zu geben. Zwar weisen sie einen überproportional hohen Anteil an gut bezahlten Arbeitsplätzen für qualifizierte Mitarbeiter in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen auf, gleichzeitig hat im Untersuchungszeitraum aber auch die Zahl der Niedriglohnjobs in den meisten Hauptstadtregionen zugenommen.

Obwohl sich die wirtschaftliche Schere zwischen den Hauptstadt- und den anderen Regionen eines Landes immer weiter auftut, gibt es Anzeichen dafür, dass sich die regionalen Beschäftigungsstrukturen an die durchschnittliche Beschäftigungsstruktur in Europa annähern. So war beispielsweise der rapide Rückgang der polnischen Agrarwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten zusammen mit den daraus erwachsenden Beschäftigungszuwächsen im verarbeitenden und insbesondere im Dienstleistungsgewerbe ein wichtiger Faktor für die Aufwärtskonvergenz in Polen. Gleichzeitig entwickeln sich die Beschäftigungsstrukturen in den verschiedenen Regionen ein und desselben Landes immer weiter auseinander, während die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten abnehmen oder unverändert sind.

In den Ländern und Regionen, in denen die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe den Veränderungen am besten widerstanden hat (Tschechische Republik, Polen und einige Regionen in Deutschland), konnte sich der mittlere Lohnsektor am besten behaupten.

Empfehlungen für die Politik

Während die EU das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten erfolgreich reduzieren konnte, haben die sozialen Ungleichheiten weiter zugenommen. In letzter Zeit wurden die Ungleichheiten zwischen den Regionen innerhalb der Mitgliedstaaten zudem zum Thema für die Allgemeinheit und die Politik.

Öffentliche Investitionen, etwa in die Beschäftigung im öffentlichen Sektor, spielen eine wichtige Rolle, um ein regional ausgewogenes Wachstums zu erreichen, da Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheit und öffentliche Verwaltung zumeist überdurchschnittlich vergütet werden und geografisch gleichmäßiger verteilt sind.

Die regionale Mobilität wurde als ein Mittel gesehen, um gegen ein regional unausgewogenes Wachstum anzugehen, so dass die Bürger dazu ermutigt wurden, von schwächeren in stärker wachsende Regionen umzuziehen. Hierbei besteht jedoch die Gefahr, dass benachteiligte Regionen noch weiter abgehängt werden. Die Notwendigkeit der Integration gilt für Regionen genauso wie für Menschen. Für Regionen, die unter industriellem Verfall oder Entvölkerung leiden, ist sie ganz besonders wichtig.

Angesichts der Tatsache, dass zahlreiche Tätigkeiten zunehmend digital – und in vielen Fällen standortunabhängig – ausgeführt werden können, ist die universelle Verfügbarkeit von schnellem Internet ein klares Beispiel für eine Strategie, die zu einer besseren Verteilung der Wirtschaftstätigkeit beitragen kann. Allerdings zeigt die Praxis, dass hochwertige Arbeitsplätze – häufig Tätigkeiten, die in Fernarbeit oder virtuell geleistet werden können – in der Regel stärker, und nicht weniger, in großen städtischen Regionen und oftmals in den Hauptstadtregionen angesiedelt sind. Die Konnektivität ist, obwohl hilfreich, wahrscheinlich nur ein kleiner Teil der Antwort auf das Problem des unausgewogenen Regionalwachstums.

Die Regionalpolitik der EU sollte benachteiligte Regionen weiterhin unterstützen, damit sie nicht noch stärker hinter die regionalen Schwergewichte zurückfallen.

Infrastrukturinvestitionen sind das Bindeglied für eine stärkere Verflechtung zwischen unterschiedlichen Regionen und Regionskategorien.

Humankapitalinvestitionen (etwa durch den Europäischen Sozialfonds oder den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung) helfen Menschen und Unternehmen in diesen Regionen bei der Anpassung an den sich wandelnden Arbeitsplatzbedarf. Solche Konzepte können in einigen Gebieten den Risiken einer zu starken Konzentration der Wirtschaftstätigkeit und in anderen der territorialen Abkopplung entgegenwirken.

Weitere Informationen

Der Bericht „European Jobs Monitor 2019: Shifts in the employment structure at regional level“ ist abrufbar unter <http://eurofound.link/ef19036>.

Forschungsleiter: John Hurley

information@eurofound.europa.eu